



Ausgabe: November 2019

Demokratie-Newsletter

Der Lehrstuhl für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte sowie Staats- und Rechtsphilosophie an der Universität Zürich von Professor Kley gibt monatlich einen Demokratie-Newsletter heraus. Der Newsletter beinhaltet eine Auswahl der wichtigsten Meldungen, Mitteilungen, Entscheidungen und Urteile im Bereich der Demokratie und der politischen Rechte – in der Schweiz, in Europa und der Welt. Wir achten hierbei darauf, dass auch wichtige und ausserordentlich aktuelle Themen aus den Bereichen Föderalismus, Politik, Staats- und Rechtsphilosophie sowie Fragen aus dem öffentlich-rechtlichen Verfahrensrecht aufgeführt werden.

1. Medienberichte zum Thema «Demokratie»	2
2. Gerichtsurteile	2
2.1 Bundesgericht	2
2.2 Kantonale Entscheide	3
2.3 Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI)	3
3. Neue Volksinitiativen	3
4. Publikationen	4
5. Dokumentation und Kontakt	4



1. Medienberichte zum Thema «Demokratie»

NZZ 09.11.2019, S. 13

Verfälschen Listenverbindungen den Wählerwillen? Jedenfalls führen sie zu er-
staunlichen Resultaten – Die Aargauer FDP fordert nach den letzten Nationalrats-
wahlen ein Verbot von Listenverbindungen zwischen Parteien. Der Einfluss dieser
Deals dürfte grösser sein, als die bisherigen Zahlen nahelegen. Sie führen mitun-
ter zu kuriosen Ergebnissen. ([Link](#))

NZZ 09.11.2019, S. 15

Später Angriff auf die Papi-Zeit: Nun wird das Referendum gegen zwei Wochen
Vaterschaftsurlaub doch noch lanciert – Ein überparteiliches Komitee hat in Bern
das Referendum gegen den Vaterschaftsurlaub ergriffen. Doch die Zeit wird
knapp. Derweil haben sich die Befürworter einer Elternzeit zusammengerauft und
feilen schon an einer Vorlage, die noch viel weiter gehen soll. ([Link](#))

2. Gerichtsurteile

2.1 Bundesgericht



Urteil des Bundesgerichts vom 5. November 2019 ([1C 365/2019](#)) (franz.)

In ihrer Beschwerde gegen einen Entscheid des Kantonsgerichts Neuchâtel rügen
die Beschwerdeführenden die Verletzung von Art. 34 BV aufgrund von Unregel-
mässigkeiten im Vorfeld einer Gemeindefusionsabstimmung. Sie machen geltend,
dass in den Wochen vor der Abstimmung mehrere Fehlinformationen an die Haus-
halte verteilt wurden, welche dafür bestimmt waren, die Abstimmung zu beeinflus-
sen. Ausserdem machen sie einen überspitzten Formalismus (Art. 29 Abs. 1 BV)
geltend, weil die Staatskanzlei aufgrund des knappen Fristablaufs nicht auf ihren
Rekurs eingetreten sei. Das Bundesgericht weist die Beschwerde vollumfänglich
ab, da das Kantonsgericht den Nichteintretensentscheid geschützt habe.



Urteil des Bundesgerichts vom 8. November 2019 ([1C 396/2019](#)) (ital.)

Die Beschwerdeführenden, namentlich die FDP der Gemeinde Roveredo, wehren
sich gegen einen Entscheid des Verwaltungsgerichts Graubünden aufgrund des-
sen sie, in Abweichung des ursprünglichen, sehr knappen Wahlergebnisses der Ge-
meinderatswahlen in Roveredo, nun einen Sitz weniger im Gemeinderat zugeteilt
bekommen hatten. Das Bundesgericht heisst die Beschwerde teilweise gut und
kassiert den Entscheid des Verwaltungsgerichts, welches nun im Sinne der Erwä-
gungen neu entscheiden soll.



Urteil des Bundesgerichts vom 19. November 2019 ([1C 596/2019](#))

Der Beschwerde richtet sich gegen einen Beschluss des Regierungsrats des Kan-
tons Bern, welcher die Wahlbeschwerde des Beschwerdeführers im Nachgang zu
den Nationalratswahlen abgewiesen hatte. Er verlangte darin, den Namen von
Beatrice Simon, welche zuvor auf ihr Mandat verzichtet hatte, von ihrer Wahlliste



zu streichen, ihre erzielten Stimmen von der Gesamtzahl der Listenstimmen abzu-
ziehen und das Ergebnis als Grundlage für eine neue Mandatsverteilung zu nutzen.
Er sieht im Amtsverzicht einen Eingriff in seine Grundrechte. In seiner Argumenta-
tion nimmt er jedoch auch Bezug auf Art. 282^{bis} StGB (Stimmenfang). Infolge Miss-
achtung der qualifizierten Rügepflicht bei der Verletzung von Grundrechten
(Art. 106 Abs. 2 BGG) tritt das Bundesgericht auf die Beschwerde nicht ein.

2.2 Kantonale Entscheide



Urteil des Verwaltungsgerichts Zürich vom 26. September 2019 ([VB.2019.00433](#))
Beschwerdeführer A. reichte seine Beschwerde gegen einen Nichteintretensent-
scheid des Bezirksrats Winterthur ein. Er rekurriert darin gegen die amtlichen Ab-
stimmungserläuterungen im Rahmen der Vorlage "Ersatzneubau Sekundarschul-
haus Wallrüti und Sanierung Turnhallen- und Singsaaltrakt" vom 19. Mai 2019 und
rügt eine Verletzung von Art. 34 BV. Da A. seine Beschwerde beim Bezirksrat ver-
spätet eingereicht hatte, schützt das Verwaltungsgericht dessen Nichteintreten
und stellt darüber hinaus auch noch klar, dass die Beschwerde auch materiell ab-
zuweisen wäre, da die Abstimmungserläuterungen mit den gesetzlichen Vorgaben
konform seien.

2.3 Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI)

keine

3. Neue Volksinitiativen



Überblick hängige Volksinitiativen¹

- Initiativen im Sammelstadium ([16](#)) (-1)
- In Auszählung ([1](#)) (+1)
- Beim Bundesrat hängig ([7](#)) (0)
- Beim Parlament hängig ([9](#)) (0)
- Abstimmungsreife Volksinitiativen ([1](#)) (0)



Verfügung der Bundeskanzlei vom 22. Oktober 2019

Die Eidgenössische Volksinitiative „Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge
(Renteninitiative)“ hat die Vorprüfung überstanden. Die Sammelfrist läuft bis am
5. Mai 2021. ([BBI 2019 7204](#))



Mitteilung der Bundeskanzlei vom 18. November 2019

Die Sammelfrist für die Eidgenössische Volksinitiative „Eigenständiges Handeln in
Familien und Unternehmen (Kindes- und Erwachsenenschutz-Initiative)“ ist am
15. November 2019 unbenützt abgelaufen. Die Initiative ist somit im Sammelsta-
dium gescheitert. ([BBI 2019 7924](#))

¹ Stand 30.11.2019.



4. Publikationen



BERGAMIN FLORIAN, Verfassungsmässigkeit des Graubündner Parlamentswahl-systems, in: Newsletter IFF 2/2019 ([Link](#))



BISAZ CORSIN, Bundesgericht, I. öffentlich-rechtliche Abteilung, Urteil 1C_495/2017 vom 29. Juli 2019 (zur amtlichen Publikation bestimmt), Josef Baltermi et al. gegen Grosser Rat des Kantons Graubünden, Regierung des Kantons Graubünden, Grossratswahlen 2018, AJP 2019, S. 1202 ff. ([Swisslex](#))

E-Vote-ID

DRIZA MAURER ARDITA, Updated European Standards for E-voting, The Council of Europe Recommendation Rec(2017)5 on Standards for E-voting, in : KRIMMER ROBERT et al. (Hrsg.), E-Vote-ID 2017, LNCS 10615, S. 146 ff. ([Link](#))

E-Vote-ID

DRIZA MAURER ARDITA, The Swiss Post/Scytl Transparency Exercise and Its Possible Impact on Internet Voting Regulation, in : KRIMMER ROBERT et al. (Hrsg.), E-Vote-ID 2019, LNCS 11759, S. 100 ff. ([Link](#))

5. Dokumentation und Kontakt



Sammlung der Demokratie-Newsletter: [Lehrstuhl Prof. Dr. A. Kley](#)
Newsletter: [An- und Abmeldung](#)
Wir freuen uns über Ihre [Hinweise und Anregungen](#).



Vollständige Artikelsammlung: [Zentralbibliothek Zürich](#)



Urteils- bzw. Entscheidsammlung des Bundesgerichts:
[Schweizerisches Bundesgericht](#)

Kontakt:

Lehrstuhl für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte, sowie Staats- und Rechtsphilosophie
Rechtswissenschaftliche Fakultät
Universität Zürich
lst.kley@rwi.uzh.ch

Redaktion

Sandro Trapani
Prof. Dr. Andreas Kley
Michael Helbling, MLaw